

A7 6. Fairen Einstieg ins Berufsleben gewährleisten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-
Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)
Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

1 Junge Menschen brauchen faire Chancen für einen erfolgreichen Berufsstart –
2 egal, ob sie sich für eine Ausbildung oder ein Studium entscheiden. Deshalb
3 fordern wir **die staatliche Übernahme der Gebühren einer Erstausbildung und eine**
4 **Kostenübernahme für Aus- und Weiterbildungsmaterial**, um Aus- und Weiterbildungen
5 gerade im Handwerk attraktiver zu machen. Die **Meisterprämie** soll darüber hinaus
6 erhöht werden und die gesamten Kosten der Meisterausbildung ausgleichen. Die
7 **Meistergründungsprämie** soll auf 48 Monate ausgeweitet werden, um mehr jungen
8 Handwerker*innen die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Ein **Freiwilliges**
9 **Handwerksjahr** soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, das Handwerk praktisch
10 kennenzulernen. Zudem fordern wir, dass Azubis die **gleichen Privilegien wie**
11 **Studierende** erhalten, wie beispielsweise vergünstigte Eintritte in Kultur- und
12 Freizeitangebote.

13 Auszubildende müssen Ihren Lebensunterhalt selbstständig mit Ihrer
14 Ausbildungsvergütung bestreiten können, daher appellieren wir an die
15 Landesregierung sich für eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf
16 Bundesebene einzusetzen. Mind. 80% der durchschnittlichen tariflichen
17 Ausbildungsvergütung muss dabei das Minimum darstellen. Finanzielle
18 Unabhängigkeit und Sicherheit während der Ausbildung, ist elementar, um einen
19 guten Abschluss zu gewährleisten.

20 Berufliche und akademische Bildung müssen endlich gleichgestellt werden und auch
21 entsprechend angesehen werden! Deshalb fordern wir verpflichtende **Praktika in**
22 **Ausbildungsbetrieben oder auf Bauernhöfen** für Schüler*innen aller Schularten, um
23 ein Verständnis für die Arbeit im Handwerk zu vermitteln. Anstatt **Berufsschulen**
24 zu schließen, müssen diese gestärkt und wohnortnah erhalten bleiben. Dies kann
25 vor allem durch flexiblere und zukunftsgerichtete Klassenteiler erfolgen. Zudem
26 sollen **Produktionsschulen** eingeführt werden, um jungen Menschen ohne
27 Schulabschluss bessere Perspektiven zu ermöglichen.

28 Niemand darf wegen finanzieller Hürden von einer Ausbildung abgehalten werden.
29 Deshalb müssen **Führerscheinkosten für Auszubildende im Handwerk oder in der**

30 **Landwirtschaft staatlich übernommen, die ÖPNV-Kosten für Azubis erstattet und**
31 **Wohnheime für Auszubildende stärker gefördert werden.** Wir setzen uns für eine
32 **Ausbildungsgarantie** ein, die Unternehmen in die Pflicht nimmt, ausreichend
33 Ausbildungsplätze bereitzustellen. Darüber hinaus muss **die Abschaffung der**
34 **Studiengebühren für internationale Studierende** endlich erfolgen.

35 Ein fairer Berufseinstieg braucht mehr Flexibilität: **Teilzeitausbildungen im**
36 **Handwerk müssen ausgebaut, berufsbegleitende Weiterbildungen attraktiver,**
37 **Zweitausbildungen verkürzt und Teilleistungen für Menschen mit Behinderungen**
38 **zertifiziert werden.** Gerade bei Teilzeitausbildungen braucht es mehr finanzielle
39 und personelle Kapazitäten. Menschen, die durch den momentan stattfindenden
40 Stellenabbau ihren Arbeitsplatz verlieren, sollen Umschulungen oder eine
41 Rückkehr ins Handwerk attraktiv gemacht werden. Zudem sollen Auszubildende
42 verpflichtend eine **Station beim Betriebsrat** durchlaufen, um ihre Rechte
43 kennenzulernen. **Lebensarbeitszeitkonten** für Beamt*innen müssen endlich umgesetzt
44 werden, um die Arbeitszeit flexibler zu gestalten.

45 Tarifbindung muss endlich konsequent gestärkt werden! Beschäftigte in
46 tarifgebundenen Unternehmen verdienen in der Regel mehr, und wo nach Tarif
47 bezahlt wird, sind die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen geringer.
48 Aktuell verdienen Frauen deutschlandweit 16% weniger als Männer - stärkere
49 Tarifbindung könnte dazu beitragen, den **Gender Pay Gap** zu verringern und damit
50 zur Entgeltgerechtigkeit beitragen. Deshalb fordern wir, dass Baden-Württemberg
51 eine Stärkung des **Landestariftreuegesetz** beschließt. Nach dem Vorbild Nordrhein-
52 Westfalens soll ein **Lohnatlas** für Baden-Württemberg entwickelt werden, um
53 geschlechtsspezifische Gehaltsunterschiede sichtbar zu machen und gezielt
54 Maßnahmen zur Lohngerechtigkeit zu fördern.